

Deutschlands Finanzlage nach dem Kriege

Rede, gehalten in der Deutschen Nationalversammlung
am 15. Februar 1919

von

Schiffer,
Reichsminister der Finanzen



Berlin
Verlag von Julius Springer
1919

ISBN-13:978-3-642-90352-6 e-ISBN-13:978-3-642-92209-1
DOI: 10.1007/978-3-642-92209-1

Meine Damen und Herren!

Die Vorlage, die ich als erste namens der Reichsregierung Ihnen zu unterbreiten die Ehre habe, zerfällt bereits äußerlich und zahlenmäßig in zwei verschiedene Bestandteile: auf der einen Seite der Betrag von 25 Milliarden, auf der anderen die Summe von 300 Millionen. Auch die letztere Summe ist an sich groß genug; aber sie tritt naturgemäß gegenüber dem Riesenbetrag auf der anderen Seite in den Hintergrund. Ich glaube, bezüglich des Betrags von 300 Millionen auf die schriftliche Begründung, die der Vorlage beigegeben ist, verweisen zu dürfen. Etwa notwendige Ergänzungen dieser schriftlichen Begründung wird der Herr Minister des Reichsarbeitsamts auf Wunsch geben.

Aber auch die Summe von 25 Milliarden ist keine einheitliche, auch sie zerlegt sich in zwei, in sich nicht übereinstimmende Teile, deren Zusammenhang nur erfaßt werden kann, wenn man auf die Vorgänge eingeht, die dem Zustandekommen der Vorlage zugrunde liegen. Diese Vorgänge sind in der gedruckten Begründung angedeutet; ich glaube aber, etwas mehr auf sie eingehen zu sollen, um den Zusammenhang vollständig klarzustellen.

Im Oktober vorigen Jahres stand das Reich vor der Erschöpfung seiner Mittel. Da andere Möglichkeiten, diese Mittel aufzufüllen, nicht vorhanden waren, blieb nur der Weg des Kredits offen. Dieser Weg wurde beschritten, eine Vorlage wurde ausgearbeitet, und zwar in Höhe von 15 Milliarden. Die Vorlage wurde vom Bundesrat angenommen und ging dem Reichstag zu. Unmittelbar vor ihrer Erledigung trat die Revolution ein. Der Entwurf kam nicht zur Verabschiedung. Die Reichsfinanzverwaltung war damit in eine überaus schwierige Lage gekommen. Die Not des Vaterlandes, das Leben mußte, auf der einen Seite, die Unmöglichkeit, den Weg des Gesetzes innezuhalten, auf der anderen! Die Reichsschuldenverwaltung, auf deren Vermittlung wir durch das Gesetz angewiesen waren, lehnte es

unter besonderer Berufung auf den Sondereid, den die Mitglieder dieser Behörde geleistet haben, ab, ohne gesetzliche Grundlagen ihre Unterstützung zu gewähren. Wir sahen davon ab, diese Bedenken anzugreifen oder auch nur zu erschüttern; denn wir glaubten, daß in einer Zeit, wo so vieles ins Wanken gekommen war, die peinlichste Gewissenhaftigkeit geschont und nicht angezweifelt werden sollte. Deshalb mußten wir andere Wege einzuschlagen suchen. Wir fanden ihn in der Ermägung, daß das Reich eine juristische Person sei, die als solche, wie jede andere physische oder juristische Person, wechselfähig ist. Deshalb machte das Reich von seiner Wechselfähigkeit Gebrauch und bot seine Wechsel der Reichsbank an. Die Reichsbank nahm diese Wechsel, honorierte sie und gab auf Grund dieser von mir im Namen des Reichs ausgestellten Wechsel Banknoten aus und eröffnete den Giroverkehr. So kamen wir zu der Möglichkeit, die Mittel, die wir brauchten, flüssig zu machen, und wir haben von dieser Möglichkeit bis jetzt im Rahmen der 15 Milliarden, die von Anfang an vorgesehen waren, Gebrauch gemacht. Diese Grenze ist jetzt erreicht; und schon aus diesem Grunde muß ich an das hohe Haus die dringende Bitte richten, bei der Bewilligung der Kredite, wenn Sie sie überhaupt aussprechen wollen, die äußerste Beschleunigung anzuwenden, da sonst die Interessen des Reichs aufs schwerste gefährdet werden.

Die ganze Vorlage zerlegt sich hiernach, soweit die 25 Milliarden in Betracht kommen, einmal in 15 Milliarden, die tatsächlich bereits flüssig gemacht sind, und auf Grund deren bereits im selben Betrage Ausgaben geleistet sind, und in 10 Milliarden, die als ein neuer Kredit anzusprechen sind. Obgleich der Weg, den wir bezüglich der 15 Milliarden beschritten haben, juristisch einwandfrei ist, glaubte ich doch, mich der nachträglichen Zustimmung der Volksvertretung versichert halten zu sollen. Denn jede Finanzgebarung ist darauf angewiesen, in möglichem Maße im Zusammenhang dieser Verhältnisse kann ich es wagen, an Sie die Bitte zu richten, die Schuldenlast des Reichs um diesen außerordentlich hohen Betrag zu vergrößern.

und ich muß nunmehr ihre materielle Seite erörtern, das heißt, die denn diese Ausgaben entbehren in der That, solange diese Zustimmung worden sind, ist es ja zweifellos, daß wir Ihrer Zustimmung bedürfen; zu tun. Bezüglich der Ausgaben, die auf Grund dieser Kredite geleistet nicht zweifelstfreier, rechtlich unangreifbarer Weise ihre Geschäfte zu

Damit dürfte die formale Angelegenheit der Sache erledigt sein, führen und nach dieser Richtung eher etwas mehr als etwas weniger forderten 10 Milliarden Ihnen liefern, eine Begründung, die ich Begründung sowohl für die 15 Milliarden, wie für die neu ange- nur durch die Aufdeckung der Schuldenverhältnisse des Reichs geben nicht erteilt ist, der gesetzlichen Grundlage.

Wenn ich Ihnen das Bild dieser Verhältnisse entrolle, so werde ich dabei dem Wunsch des Herrn Abgeordneten Gröber Rechnung tragen, mit **rücksichtslofester Offenheit** darzulegen, was ist. (Bravo! im Centrum.) Es hätte dieses Wunsches, für den ich dankbar bin, nicht bedurft. Ich bin von Anfang an entschlossen, diese Offenheit, diese Wahrheit walten zu lassen. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien.) Diese meine Überzeugung ist nicht bloß beschränkt auf den Punkt, den wir jetzt erörtern. Nach-meiner Ansicht ist Offenheit und Wahrheit überhaupt die Grundlage, die unsere gesamte Politik, die Finanzpolitik wie die allgemeine Politik, die innere Politik wie die äußere Politik, beherrschen muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Wir kommen auf anderem Wege nicht weiter, und ich habe meine Überzeugung nicht etwa durch die opportunistische Ermägung gewonnen, daß wir zu einer anderen, zu einer mit Heimlichkeiten arbeitenden Politik offenbar sehr wenig Talent haben, — (Heiterkeit), denn wir haben bisher sehr wenig Glück mit einer solchen Politik gehabt. Sie entstammt meiner sittlichen Anschauung, daß wir diese Grundlage bewahren müssen, um in der Welt überhaupt bestehen zu können. Das gilt besonders auch für die Finanzpolitik, die ich nach außen zu führen gedenke. Ich will auch der Entente gegenüber keinerlei Heimlichkeiten vornehmen. Ich will unsere Karten auflegen, ich will unsere Bücher auflegen, — kurz, ich will handeln wie ein ehrlicher, anständiger und **reeller Kaufmann** (Bravo! bei den Mehrheitsparteien), der Gläubiger zu befriedigen hat und auch nichts weiter tut, als sagt: das habe ich, seht zu, was ich überhaupt leisten kann. Ich will allerdings auch insoweit dem anständigen reellen Kaufmann folgen, daß ich mir vorstelle, daß ein solcher Mann auch nichts unterschreibt, was zu halten er nicht in der Lage ist. (Sehr gut!)

Wenn ich auf dieser Grundlage arbeite, so sehe ich darin das einzige Mittel, das Mißtrauen, das gegen uns nun einmal vorhanden ist, zu entkräften. Ich untersuche nicht, ob und wie weit dieses Mißtrauen gerechtfertigt ist oder nicht gerechtfertigt ist; ich rechne damit, daß es da ist, und gegen dieses Mißtrauen hilft keine Beschwörung, keine Versicherung, daß wir es nicht verdienen; dagegen hilft nur ein Verfahren, das diesem Mißtrauen einfach jeden Boden entzieht. So glaube ich, werden wir am besten auch bei den bevorstehenden Verhandlungen mit unseren Feinden uns verhalten.

Was aber unseren Gegnern und was den anderen Völkern im Verhältnis zu uns recht ist, das muß unserem Volke natürlich billig sein. Zwischen Regierung und Volk müssen Offenheit, Wahrheit und rücksichtsloses Vertrauen herrschen. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Die Gründe, die bisher ein anderes Verfahren, wenn nicht gerechtfertigt, so doch erklärt haben, sind ja jetzt weggefallen, und wenn

man davon spricht, daß ein Volk mündig ist, so bedeutet das nicht zum wenigsten, daß dieses Volk auch fähig und bereit ist, die Dinge zu nehmen, wie sie sind, auch wenn sie noch so ernst und unbequem sind. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Will unser Volk ernst genommen werden, dann muß es auch die Sachen ernsthaft nehmen, von denen sein Schicksal abhängt. Deshalb werde ich mit vollster und, wenn es sein muß, mit grausamer Offenheit sprechen, und ich tue das auch aus einem anderen Grunde. Ich will damit jenem leichtfertigen — ich möchte beinahe sagen: jenem ruchlosen Optimismus entgegentreten, der leider immer noch in breiten Schichten unseres Volkes herrscht. In breiten Schichten unseres Volkes ist man offenbar immer noch nicht vollständig klar über die Bedeutung der Lage, in der wir uns befinden. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Dem muß man entgegentreten — nicht aus Pessimismus. Der Gegensatz zu diesem Optimismus ist nicht der Pessimismus, sondern ist der Ernst. Und die Warhaftigkeit und die Offenheit, die hieraus entspringt, wird zum letzten und nicht zum wenigsten alsdann auch unserem Wirtschaftsleben zugute kommen. Denn so, wie ich dieses Wirtschaftsleben und seine besten Träger kenne, legt es vor allen Dingen Wert darauf, zu wissen, mit welchen Dingen es zu rechnen hat. Der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Landwirt muß kalkulierender können. Das ist die Grundlage seiner ganzen Wirtschaftsführung überhaupt. Es findet sich viel leichter mit Tatsachen ab, die es kennt, als mit einer Ungewißheit, die belastend auf ihm liegt und ihm nicht gestattet, die Zukunft so zu gestalten, wie es seinen Interessen entspricht.

Wenn ich nunmehr dazu schreite, Ihnen die Lage unserer Verschuldung darzulegen, so beginne ich mit den Krediten, die uns seit Beginn des Krieges bewilligt worden sind. Ich werde die Zahlen, um Sie nicht zu sehr zu ermüden, in runden Ziffern geben — es kommt ja auf die Einzelheiten nicht so sehr an — und werde die einzelnen Gesetze nicht besonders auführen. Sie sind Ihnen bekannt.

Die Summe aller **Anleihekredite**, die uns bewilligt worden sind, einschließlich der 416 Millionen Kredite, die noch aus der Friedenswirtschaft stammen und nicht erschöpft gewesen sind, beträgt mehr als 140 Milliarden. Zu diesen 140 Milliarden treten Schatzanweisungskredite aus dem Gesetz vom 25. Juli 1918 mit 6 Milliarden. Das gibt zusammen 146 Milliarden. Das ist der Anleihecredit, der uns im Oktober zur Verfügung stand. Auf Grund der Kreditbewilligungen sind diese Kredite flüssig gemacht worden, und zwar in folgender Gestalt: in der Gestalt von Kriegsanleihen, jedoch nach Abzug der Rückkäufe in Höhe von 4,7 Milliarden, zusammen beinahe 93 Milliarden; durch Buchschulden, begründet außerhalb der Kriegsanleihe, 53 Millio-

nen; und nun ein Posten von ganz besonderer Höhe und ganz besonderer und schwerwiegender Bedeutung: Schatzanweisungen und Reichswechsel in dem ungeheuren Betrage von über 58 Milliarden. (Hört! hört! rechts.) Wir haben **schwebende Schulden** von 58 Milliarden, vielleicht derjenige Punkt des Problems, der uns die größten Schwierigkeiten in der finanziellen Ausgestaltung machen wird. Dazu kommt noch ein kleinerer Posten: außeretatmäßige Einnahmen beim Kriegszustand mit etwa 4 Millionen. Das gibt zusammen 151,5 Milliarden. Mit diesen 151,5 Milliarden haben wir also die bewilligten Kredite von 146 Milliarden bereits um mehr als 5 Milliarden überschritten.

Nun treten zu diesen 151 Milliarden noch die **belegten Kredite** hinzu. Das sind diejenigen Kredite, die zu einem Teil aus der Bereitstellung der Subsidien stammen, die wir unseren Bundesgenossen gewährt haben, zum anderen Teil aus den Krediten, die wir im Verkehr mit den neutralen Ländern genommen haben. Die Summe dieser belegten Kredite beträgt jetzt 9,5 Milliarden, während sie am 30. Juni 1918 noch nicht ganz 8 Milliarden betragen (7 Milliarden 890 Millionen); es sind also seit dem 30. Juni 1918 mehr als $1\frac{1}{2}$ Milliarden hinzugekommen, und — das bitte ich nicht außer acht zu lassen — der Hauptteil der Verwendung bestand in Schatzanweisungen und Reichswechseln, die wir an Krediten für Geschäfte mit neutralen Ländern aufgewendet haben. Wir kommen damit zu einer Gesamtsumme, wie ich bereits gesagt habe, von 161 Milliarden und haben also den uns bewilligten Kredit um fast 15 Milliarden überschritten.

Diese 161 Milliarden stellen in gewissem Sinne, nämlich ohne Rücksicht auf ihre Verzinsung, die effektiven Kriegskosten, die wir aufgewendet hatten, dar. Aber auch hier muß ich, um nicht der Verschleierung geziehen zu werden, einen Vorbehalt machen. Es stecken nämlich unter den 161 Milliarden etwa eine Milliarde Ausgaben, die nicht für die Zwecke des außerordentlichen, also des Kriegsetats, sondern für Zwecke des ordentlichen Etats gemacht worden sind. Der ordentliche Etat hat in den letzten drei Jahren mit einem Defizit abgeschlossen, dieses Defizit ist, wie den Mitgliedern des früheren Reichstags bekannt, für die Jahre 1916 und 1917 durch Verwendung des Ertrags der Kriegsteuer nachträglich gedeckt worden. Für das Jahr 1918 ist das nicht möglich gewesen, da der Ueberrest der Kriegsteuer, der ursprünglichen Bestimmung dieser Steuer entsprechend, zur Schuldentilgung verwendet worden ist. Wir haben deshalb diese Milliarde decken müssen aus Krediten, die an sich nicht für Ausgaben des ordentlichen Etats bestimmt waren. Das spielt keine ausschlaggebende Rolle, ich muß es aber doch hervorheben. 161 Milliarden sind es, die wir im wesentlichen für Zwecke des Krieges gebraucht haben.

Wenn ich diese Ausgaben nunmehr im einzelnen verfolge, so stellt sich der Bedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln für die verschiedenen Jahre in folgender Weise, wobei Sie das beinahe regelmäßige Aufsteigen dieser Ausgaben verfolgen wollen: in den fünf Monaten des Jahres 1914 verbrauchten wir 7,5 Milliarden, 1915 23 Milliarden, 1916 26,6 Milliarden, 1917 39,6 Milliarden, 1918 48,5 Milliarden. (Hört! hört!) Verteilen wir das auf den Monatsbedarf, so ergibt sich ein Durchschnitt unserer Kriegskosten im Jahre 1914 von 1,5 Milliarden, 1915 1,9 Milliarden, 1916 2,2 Milliarden, 1917 3,3 Milliarden, 1918 4 Milliarden, und nehmen wir den Tagesdurchschnitt dieser Kriegskosten, so zeigt sich folgendes Aufsteigen: 1914 49,6 Millionen, 1915 63,9 Millionen, 1916 73,9 Millionen, 1917 109,9 Millionen, 1918 135 Millionen den Tag. (Bewegung.)

Wenn wir aus diesen Summen diejenigen Beträge ausscheiden, die sich speziell auf den Bedarf seit dem 1. Juli erstrecken, das heißt, seit der Zeit, bis zu der die letzte Kreditbewilligung gereicht hatte, so zeigt sich, daß im Juli 1918, also drei Monate vor der Revolution, die Kosten etwas über 4 Milliarden betragen, im August 4,5 Milliarden, im September etwa ebensoviel, im Oktober 4,8 Milliarden, im November 4,1 Milliarden, im Dezember 3,8 Milliarden, im Januar 3,5 Milliarden. Sie sehen — und das bitte ich festzuhalten —, daß ein irgendwie bemerkbares, erhebliches Abflauen in der Zeit nach der Revolution gegenüber der Zeit vor der Revolution nicht festzustellen ist. (Hört! hört!)

Die monatlichen Heeresausgaben im Jahre 1918 betragen in der ersten Jahreshälfte etwa 3,3 Milliarden, — das sind reine Heeresausgaben, die sich also nicht decken mit den gesamten Kriegsausgaben, in denen erhebliche andere Ausgaben enthalten sind —. Im Juli 1918 betragen diese Heeresausgaben 3,5 Milliarden, im August 3,6 Milliarden, im September 3,9 Milliarden, im Oktober 4,3 Milliarden, sie sinken im November auf 2,9 Milliarden und steigen im Dezember wiederum auf 3,8 Milliarden. (Hört! hört!)

Ich habe Ihnen damit die ziffernmäßige Entwicklung unserer Schulden und des auf die Kontrahierung dieser Schuld gestützten Verbrauchs gegeben. Ich muß nunmehr auch dazu schreiten, Ihnen auch die innere Begründung für diese Finanzgebarung darzulegen, ich muß versuchen, zu erklären und Ihrer Kritik zu unterbreiten die Methode, nach der wir gewirtschaftet haben, und die sich im Ergebnis in diesen Schulden darlegt.

Der Herr Abgeordnete Neil hat die Methode unserer Kriegsfiananzierung einem absprechenden Urteil unterzogen. Ich kann ihm leider nicht widersprechen. Ich halte sowohl die Gestaltung unseres

Ausgabewesens wie die Gestaltung unseres Einnahmewesens nicht für tabelsfrei, in vielen Beziehungen für höchst ungünstig. Die Grundlage für diese ungünstige Gestaltung und Beurteilung unserer Kriegsfinanzierung ist vielleicht in demselben Moment zu finden, das meiner Ansicht nach beinahe allen Erscheinungen dieses unglücklichen Krieges zugrunde liegt. (Sehr richtig! rechts!) Dieser Krieg war als ein kurzer Krieg veranlagt, und dadurch, daß er es nicht war, dadurch, daß er uns sachlich und zeitlich über den Kopf wuchs, zeigte sich mehr und mehr, daß wir ihm nicht gewachsen waren. Das trat sowohl auf der Ausgabeseite wie auf der Deckungsseite zutage. Die Ausgabeseite, die sich ja zunächst in der Beschaffung von Kriegsmaterial offenbarte, hat bereits nach kurzer Zeit bewiesen, daß wir nicht imstande waren, dieses ungeheure Gebiet mit der Übersicht, mit der Festigkeit, mit der Beherrschung aller in Betracht kommenden Wirtschaftsfaktoren zu bewältigen, wie es notwendig war.

Wir wissen, wie bereits kurz nach Beginn des Krieges jene abscheulichen Erscheinungen zutage traten, daß die zur Beschaffung berufenen Stellen des Reichs die Übersicht verloren und mehr oder minder in die Hände der allerunlautersten Elemente gekommen sind. (Hört, hört!) Es sind damals auf der einen Seite zweifellos Riesensummen verschleudert worden und auf der anderen Seite jene unlauteren Elemente bereichert worden, die nicht bloß in finanzieller, sondern auch in moralischer Beziehung eine schwere Belastung unseres ganzen Volkslebens darstellen. (Lebhafte Zustimmung.) Mehr und mehr trat trotz allens Bekämpfens die Anschauung zutage, daß auch der Krieg eine Konjunktur sei (sehr richtig!), und in schroffem Widerspruch zu dem Opfermut den auf allen anderen Gebieten unser Volk bewies, fand sich gerade nach dieser Richtung eine Widerstandslosigkeit materialistischen Empfindens, die uns tief schmerzlich berührt. Ich kann das Reich selbst nicht davon freisprechen, daß durch die mangelhafte Art der Finanzgebarung in diesen Dingen solche Strömungen einen breiteren Einfluß gehabt haben, als es sonst der Fall gewesen wäre. (Hört! hört!) Wir wissen, daß damals noch eine Reihe guter und anständiger Männer es von sich wies, Breiße zu nehmen, wie sie ihnen mehr und mehr aufgedrängt wurden. Allmählich stieg dann der Strom und führte so weit, wie es gesehen ist.

Ich übergehe die einzelnen Momente, die auch im übrigen die ganze Finanzgebarung des Gehaltswesens, Entschädigungswesens usw. sehr ungünstig beeinflussten. Als man den Fehler bemerkte, suchte man auch besonders auf Drängen des Reichstags einzugreifen. Es war zu spät! Und vor allen Dingen, als es gelungen war, vielleicht da und dort die bessernde Hand anzulegen, da trat ein neues Moment ein. Dieses neue Moment ist das **Hindenburg-Programm**.

Es steht mir natürlich nicht an, über die militärische Seite und die militärische Notwendigkeit dieses Programms hier ein Wort zu verlieren. Wirtschaftlich war es ein Programm der Verzweiflung. (Lebhafte Rufe links: Hört! hört!) Wirtschaftlich hat es einen so furchtbaren Schaden angerichtet, daß wir noch jetzt die Folgen davon zu tragen haben. (Hört! hört! und sehr richtig! links.) Es entfesselte die wüteste Profitsucht, die sich überhaupt an Kosten gar nicht mehr zu halten brauchte, da alles bezahlt wurde, was liquidiert wurde. Es machte unsere ganze Arbeiterschaft vollständig unruhig, warf sie durcheinander, setzte Prämien darauf, daß die Arbeiter von der einen Fabrik ausgemietet und zu anderen gebracht wurden, stapelte die Arbeitermassen plötzlich auf einer öden Fläche zusammen, schuf dort völlig unzureichende Unterlagen für das Zusammenleben und Arbeiten dieser Massen und schuf auf diese Weise wurzellose Organisationen, die noch jetzt herumflattern und nicht wissen, wohin sie eigentlich gehören. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Das kommt noch! Der finanzielle und der moralische Schaden — ich will es nicht verhehlen —, der dadurch angerichtet wurde, ist überaus groß.

Dann kam die **Revolution**, und nun mußte jedermann die Vorstellung haben, daß ein grundlegender Wechsel in allen diesen Erscheinungen eintreten würde. Man sagte sich: der Krieg hört auf, damit hört die Arbeit der Munitionsfabriken, die Arbeit für Heeresmaterial auf; es werden Tausende, Hunderttausende, Millionen von Menschen frei, die produktive Arbeit leisten können, die Löhne sinken, die Preise sinken, wir kommen zu geordneten, für unser Vaterland nützlichen Verhältnissen. Die Zahlen, die ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, beweisen Ihnen, daß das nicht der Fall war, daß die Ausgaben nicht wesentlich gesunken sind, daß diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben, und wir haben nur zu untersuchen, warum sie sich nicht erfüllt haben.

Der Krieg hat nicht aufgehört! Er hat im Westen aufgehört; aber wir wissen ja, daß er auf breiten Strecken des Ostens weitergeführt wird, und wenn auch durchaus nicht in demselben Umfange wie früher, so ist jetzt dieser Faktor durchaus nicht gänzlich ausgeschaltet. Auch die **Fabriken für Heeresmaterial** hörten nicht sofort auf zu arbeiten. Natürlich haben wir keine Waffen und keine Munition mehr hergestellt. (Zurufe.) — Wir haben sie nicht hergestellt, sondern wir haben Halbzeug hergestellt, das sofort wieder zer schlagen werden mußte, weil wir es nicht fertigstellen wollten. (Hört! hört!) Es war also eine vollkommen unproduktive Arbeit, die aber geleistet werden mußte, einmal weil wir an Verträge gebunden waren, die wir ohne den Ruin der beteiligten Fabriken nicht ohne weiteres lösen konnten, und zweitens im Interesse der Arbeiter selbst, die wir nicht arbeitslos auf die Straße setzen konnten. Deshalb mußte auch hier eine ganze Anzahl von Arbeiten, die eben nicht

produktiver Art waren, fortgeführt werden. Ja, noch mehr: wir mußten die Arbeiter nicht bloß vertragsmäßig bezahlen, sondern mehr als das, wir mußten sogar im Interesse der Arbeiter, die wir gar nicht vollständig ausnutzen konnten, **Feierschichten** einlegen, und wir mußten von Reichs wegen für diese Feierschichten aufkommen. Ja, auch die Arbeit setzte nicht wieder ein; die Arbeit, die während des Krieges — wie wir anerkennen müssen — in außerordentlich hingebender und eifriger Weise geleistet worden war, setzte bei der Umstellung in die Friedenswirtschaft nicht wieder ein. Die Arbeitslust erschlaffte. Wir haben eine Abneigung feststellen müssen, zur regelmäßigen Arbeit zurückzukehren. Wir haben feststellen müssen, daß auf der einen Seite Arbeitslosigkeit herrschte, während dicht vor den Toren der Stadt und draußen im Lande Hunderttausende von Arbeitern gesucht wurden. Wir haben gesehen, wie durch **Streiks**, die zum mindesten mehr als zweifelhaft in ihrer Berechtigung waren, vielfach aber sicherlich ganz unzweifelhaft nicht berechtigt waren (lebhafteste Zustimmung rechts), die produktive Arbeit nicht geleistet wurde, auf die wir dringend angewiesen waren. (Erneute Zustimmung rechts.) Natürlich blieb insolgedessen auch nicht nur die zu erwartende Folge aus, nämlich eine Senkung der Löhne und Preise — denn beides muß Hand in Hand gehen —, sondern es trat das Umgekehrte ein, und wir alle sind ja Zeugen davon, wie gerade nach der Revolution die Löhne bis zu einer phantastischen und grotesken Höhe gestiegen sind und die Preise einen Wettlauf nach Erhöhung mit ihnen unternahmen.

Alles das wirkte naturgemäß zurück auf die an sich ungeheuren und vielleicht im Anfang zu gering veranschlagten Kosten der **Demobilisation**. Es ist keine Kleinigkeit, ein Heer von 8 Millionen Menschen zurückzuführen. (Lebhafteste Zustimmung.) Es bedeutet das eine Leistung, die technisch geradezu bewundernswert ist (sehr richtig!), aber natürlich auch eine Leistung, die außerordentlich große Kosten macht, da die Bekleidung, die Verpflegung, die Unterbringung und der Transport dieser Massen, und zwar in der beschleunigtesten Weise, vorgenommen werden mußte. Die Demobilisation ist ja heute zum größten Teil durchgeführt. Zu Ende des Jahres waren nur noch 3 Millionen Menschen unter den Waffen, zu Ende des vorigen Monats vielleicht noch eine Million. Immerhin hat das, was dafür aufgewendet worden ist, einen außerordentlich hohen Bestandteil der Kosten dargestellt, mit denen wir rechnen müssen.

Wiederum im Zusammenhang mit dieser Entwicklung stehen nun aber die außerordentlichen **Steigerungen der Löhnungen**, die unter der Revolution vorgenommen worden sind. Es sind nach der Revolution eingeführt worden die Heraufsetzung der immobilen Grundlöhnung von monatlich 21 auf 30 Mark — dadurch also monatlich für den Mann mehr

9 Mark —, die Arbeitszulage von 3 bis 5 Mark für den Tag — also durchschnittlich 4 Mark mehr —, die Zulage für Grenzschutztruppen von täglich 5 Mark, das einmalige Entlassungsgeld von 50 Mark, die Erhöhung der Marschgebühren von durchschnittlich 2 auf 15 Mark, die Befolgung der entlassenen Mannschaften, die im militärischen Arbeitsdienst als freie Arbeiter weiter verwendet werden, — durchschnittlich 15 Mark mehr. Schätzt man dies nun durchschnittlich auf einen Monat insgesamt, so bedeutet das im Monat an Mehrkosten zu Punkt 1 50 Millionen, zu Punkt 2 60 Millionen, zu Punkt 3 90 Millionen, zu Punkt 4 400 Millionen, zu Punkt 5 100 Millionen — diese beiden letzten Punkte vorübergehender Natur —, zu Punkt 6 200 Millionen, also insgesamt 900 Millionen Mark mehr.

Zu dieser Erhöhung der Löhnungen tritt der Anteil des Staats an der **Erwerbslosenunterstützung**. Auf Grund der Verordnung vom 13. November 1918 war die Reichsbeihilfe für diese Fürsorge vorgesehen. Die geschätzten Beträge sind: Dezember 1918: 17 Millionen Mark, Januar 1919: 57 Millionen Mark (hört! hört! rechts) und Februar 1919: 67 Millionen Mark.

Auch die Familienunterstützung hörte natürlicherweise nicht auf.

Wir haben im allgemeinen für die allgemeine **Kriegswohlfahrts- pflege**, einschließlich der Unterstützung für die Textilindustrie, für die Schuhwarenindustrie, Wochenhilfe, Kriegsinvalidenfürsorge bis 31. Januar 1919 1700 Millionen ausgegeben und an gefetzlicher Familienunterstützung 1998 Millionen Mark. Wenn das auch den ganzen Zeitraum umfaßt, so sind doch auch in diesen Beträgen sehr erhebliche Summen enthalten, die auf die letzte Zeit entfallen.

Dazu kommen dann die **Teuerungszulagen** für die Beamten, Offiziere und Unteroffiziere. Sie mußten natürlich geleistet werden; denn bei der sprunghaften Entwicklung der Preise, der Löhne und aller anderen Lebensbedürfnisse konnten die Beamten, Offiziere und Unteroffiziere mit ihrem Einkommen, das ja weit hinter dieser Entwicklung zurückblieb, um so weniger auskommen, als wir auf die Hilfe dieser Klassen in ganz besonders hohem Maße angewiesen waren. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß wir diesem Teil unserer Mitbürger es in der Tat verdanken, daß die Lebensverhältnisse wenigstens so erträglich sind, wie es möglich ist; wir schulden ihnen besonderen Dank, da sie zum Teil unter schwerer Gewissensbedrängnis sich in ihrer Gesamtheit in den Dienst des Vaterlandes in seiner schwersten Stunde gestellt haben. (Bravo! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.) Das ist anzuerkennen, und dem haben wir auch auf finanziellem Gebiete in durchaus bescheidenen Grenzen Rechnung getragen (Bravo!)

Dazu kommt der Posten, der ja vorhin durch einen Zwischenruf bereits berührt worden ist: die **Arbeiter- und Soldatenräte**. Ich bin nicht berufen, über die Arbeiter- und Soldatenräte im allgemeinen an dieser Stelle eine Urteil abzugeben. Ich will aber auch vom finanziellen Standpunkt aus doch um der Gerechtigkeit willen feststellen, daß es durchaus verfehlt wäre, auch vom finanziellen Standpunkt aus die Arbeiter- und Soldatenräte in Bausch und Bogen zu verdammen. Das wäre ungerecht und unwahr. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt eine große Anzahl Arbeiter- und Soldatenräte, die ihre Pflicht auch gegenüber den Finanzen des Reichs in vollem Umfange erfüllt haben (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), die sparsam gewirtschaftet haben und die sogar in schwerster Zeit dafür eingetreten sind, daß überhaupt das Reichsgut in ihrem Bereiche gewahrt worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) Es ist nicht zu leugnen, daß vielfach die Arbeiter- und Soldatenräte überhaupt der einzige feste Punkt waren, an dem man anknüpfen konnte und von dem aus man, da nun einmal alles andere ins Wanken gekommen war, Ordnung hineinzubringen versuchen konnte. Aber daß neben diesen unseres Dankes würdigen Arbeiter- und Soldatenräten leider sehr viele gewesen sind, die mindestens in finanzieller Beziehung dem Reiche nicht zum Vorteil gewirtschaftet haben, das muß der Gerechtigkeit halber auch festgestellt werden. (Zurufe rechts.)

Es kommt hinzu, daß Arbeiter- und Soldatenräte und Arbeiter- und Soldatenräte etwas sehr Verschiedenes sind. Es gab so viele wilde Arbeiter- und Soldatenräte, daß man in der Tat nicht richtig weiß, wen man vor sich hat und wem man die Schuld an dem, was geschehen ist, in die Schuhe schieben darf.

Nun hat der Herr Graf v. Posadowsky-Wehner den Wunsch geäußert, ich möchte ihm möglichst bald in dieser und anderer Beziehung darlegen, wie die **finanzielle Gebarung der Arbeiter- und Soldatenräte** gewesen ist. Er wollte wissen, was sie bezogen haben, was sie ausgegeben haben, wie sie mit dem Reichsgut gewirtschaftet haben, und vieles andere mehr. Meine Damen und Herren, das möchte ich auch wissen. (Aha! rechts. — Große Heiterkeit.) Ich weiß es nämlich nicht und kann es zunächst noch nicht wissen. Es ist das dringendste Interesse, daß wir Klarheit darüber bekommen; aber es ist ganz natürlich, daß wir diese Klarheit noch nicht haben. Nicht bloß aus dem Grunde, weil die Revolution meistens nicht mit Kalkulatoren zu arbeiten pflegt und damit gewisse Unterlagen für die spätere kalkulatorische Zusammenstellung nicht beschafft, sondern auch, weil die Gestaltung der Dinge einen anderen Weg genommen hat. Es ist nämlich durch Vereinbarung mit den einzelnen Regierungen festgestellt worden, daß die Kosten der Arbeiter- und Soldatenräte vom November 1918 ab von denjenigen Stellen zu

tragen sind, bei welchen die Arbeiter- und Soldatenräte errichtet worden sind. Sind also die Arbeiter- und Soldatenräte bei den Landesstellen oder Kommunen errichtet, was ja vielfach und wohl zumelst der Fall ist, so trägt wohl nicht das Reich die Kosten und hat sie auch nicht getragen. Dann werden von den Landesstellen, Regierungen, kommunalen Verwaltungen diese Kosten getragen, über die ich natürlicherweise Ihnen keine Auskunft geben kann. (Zuruf rechts: Da kann man eine Statistik darüber erheben! Es ist das Geld der deutschen Steuerzahler!) — Herr Graf v. Posadowsky, wenn Sie die große Güte gehabt hätten, das Reichsgesetzblatt mit demjenigen Eifer zu lesen, den ich bei Ihnen voraussetze, hätten Sie gesehen, daß wir gerade nach dieser Richtung die nötigen Anordnungen getroffen haben. Wir haben alles getan, was überhaupt zu machen ist. Ich kann nicht ein Heer von Tausenden von Statistikern ins Land senden, die die richtigen Unterlagen nicht haben. Die **Unterlagen** müssen wir haben. Dann ist die **Statistik**, Herr Graf v. Posadowsky, eine Kleinigkeit. Die Unterlagen müssen wir beschaffen, und dazu dient die Verordnung über das Finanzgebahren der Arbeiter- und Soldatenräte vom 13. Januar 1919, worin ihnen einerseits verboten ist, über Reichseigentum zu verfügen und an Klassen eigene Anweisungen zur Zahlung zu richten und — das ist das wesentliche für Sie — für die rückliegende Zeit Ihnen eine Rechnungslegung aufgegeben ist bis zum 31. Januar 1919 dergestalt, daß sie sämtliche Einnahmen und Ausgaben bei den für sie zuständigen Klassen anzugeben haben und für Fehlbeträge, soweit ein Verschulden nachweisbar ist, mit ihrer Persönlichkeit haften. (Hört! hört!) Das ist die Unterlage, mit der wir uns alle einverstanden erklären können. Denn auch die ordentlichen Arbeiter- und Soldatenräte haben ein Recht darauf, daß sie entlastet werden und die anderen an den Pranger gestellt werden. Ohne dies gibt es keine Statistik, Herr Graf v. Posadowsky, weil sie sonst in der Luft schwebt oder der sicheren Unterlagen entbehrt. Man kann nicht Anforderungen an uns stellen, deren Erfüllung einfach unmöglich ist. (Zuruf rechts.) Wir werden, wenn wir diese Unterlagen haben, an der Hand der Rechnungen der Städte, die doch auch nicht jede vierzehn Tage ausgestellt werden, nachprüfen können. Aber erst müssen wir die Unterlagen haben. Sonst kommen wir überhaupt nicht vorwärts. Ein so allgemeines Verlangen nach der Statistik war ja auch früher schon im Reichstag üblich. Damals, glaube ich, war es aber dem Grafen v. Posadowsky erheblich weniger sympathisch als jetzt. (Weiterkeit.) Ein solches Verlangen nach Statistik ist bequem zu erheben, aber schwer durchzuführen.

Ich will im übrigen der Wißbegierde des Herrn Grafen v. Posadowsky wenigstens in einem Beispiel entgegenkommen. Wir haben natürlich versucht, was die Bezüge der Arbeiter- und Soldatenräte be-

trifft, Material zu sammeln. Ich enthalte mich einer Zusammenstellung, da sie wertlos wäre. Ich will das Letzte, was mir zu Händen gekommen ist, mitteilen, weil es allerdings immerhin ein bezeichnendes Licht auf die Wertanschauungen in manchen dieser Kreise wirft. Ich habe gestern die Zusammenstellung der Bezüge bekommen, die die Mitglieder des Zentralrats der Marine erhalten.

Sie erhalten täglich, die Aktiven, volle Verpflegung, Kleidung, Unterkunft, Löhnung, alle Kompetenzen der Aktiven und 25 Mark (hört! hört!), die Inaktiven erhalten Kleidung, Verpflegung, Unterkunft, 25 Mark und außerdem noch 12 Mark. (Hört! hört!) Das sind allerdings Beträge, die zu denken geben. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir haben damit den Ausgabenstand, wie er im Augenblick sich darstellt, in der Vollkommenheit, die wir leisten können, Ihnen vorgeführt. Ich frage nunmehr: wie haben wir diese Ausgaben zu decken versucht? — und ich muß sagen, daß genau das, was ich vorhin über die unglückselige Gestaltung unserer Kriegsfinanzierung zu sagen verpflichtet war, auch für die Gestaltung unserer Deckung gilt. Nur muß ich hier einen Vorbehalt machen. Jetzt sind wir sehr schnell damit fertig, daß wir die ganze Art und Weise, wie wir die Mittel aufbrachten, verurteilen. Vergessen wir nicht, daß beinahe das ganze deutsche Volk darüber einig war, daß wir den richtigen Weg gegangen waren. Auch der Reichstag. Es hat sich kaum im Reichstag gegen die Deckungspolitik irgendeine Stimme erhoben. Wir müssen das selbst sagen. Nachträglich sehen wir natürlich klarer. Damals standen wir unter dem Bann einer, wie ich zugebe, herrschenden Anschauung. Es war die Anschauung, daß die Mittel im Krieg durch Anleihen und nicht durch Steuern aufzubringen sind. Das war auch die in der Wissenschaft herrschende Anschauung, und man machte sich damals über die Engländer lustig, die von Anfang an den anderen Weg, und mit gutem Grunde, gegangen sind. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wir haben das angefochten!) — Nein, ich glaube, in dem Umfange und in dem Sinne nicht angefochten, daß Sie die Anleihepolitik für eine unglückliche gehalten haben. Sie haben dem an sich Rechnung getragen und sind erst später, als diese Art der Finanzierung zu immer unheimlicherer Höhe anwuchs, auf den Weg gegangen, den wir eingeschlagen haben.

Wir haben nämlich folgendes getan, daß wir zunächst von Steuern abgesehen haben und den ganzen Bedarf auf Anleihe brachten. Diese Anleihepolitik wurde bis Ende 1915 durchgeführt, immer natürlich in der Hoffnung, daß der Krieg bald zu Ende gehen werde. Man stand damals auf dem Standpunkt, daß zum Kriege Geld und Geld und nochmals Geld gehöre. Ein Standpunkt, der sich eben als unrichtig erwiesen hat, wie sich unsere ganze Geldtheorie als

nicht haltbar erwiesen hat. Es hat die sogenannte nominalistische Theorie den Sieg über die metallistische Theorie erfochten. Wir wissen, daß in dem Sinne Geld gar nicht zum Kriegsführen gehört. Sonst hätten wir nicht so lange Krieg führen können. Nein, wir haben mit Anleihen gewirtschaftet und haben den Mittelweg gegenüber der englischen Steuerpolitik eingeschlagen, daß wir die Zinsen durch Steuern zu decken versucht haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) — Das ist geschehen. Wir haben sie im wesentlichen durch unsere Steuern gedeckt. Jedenfalls sind wir aber auf diesem Wege nur so weit gekommen, daß wir eben gerade die Zinsendeckung vornehmen konnten. Was der Herr Kollege Keil jetzt bemerkt, bezieht sich, glaube ich, auf etwas anderes, darauf, daß wir nämlich, um die Zinsen zu decken, zum Teil in diejenigen Beträge eingreifen mußten, die zur Deckung der Schuld selbst bestimmt waren. Das ist, glaube ich, das, was der Herr Abgeordnete Keil im Sinne hatte. Wir haben nun, indem wir die Kriegskosten selbst auf Anleihen nahmen, um die Zinsen wenigstens auf reguläre Art durch Steuern zu decken, eine große Anzahl **Kriegssteuern** geschaffen, haben sie zum großen Teil auch erhoben. Es handelt sich hier um die Tabaksteuer, und zwar um die Zigarettensteuer mit dem Kriegsaufschlag, um die Weinsteuer, die Schaumweinsteuer, die Mineralwassersteuer, die Reichsstempelabgabe von Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeschäften, die Vergütung an Mitglieder von Aufsichtsräten, Warenumsätze, Geldumsätze, die Abgabe vom Personenverkehr, Güterverkehr, die Kohlensteuer, um die Reichsabgabe, die wir mit den Post- und Telegraphengebühren erhoben, den Reingewinn der Reichsbank einschließlich der Notensteuer und dann die Erträge aus den Darlehnskassen, die Erträge, die aus den Ausfuhrgebühren, leider viel zu spät, erhoben wurden, die außerordentliche Kriegsabgabe, die Kriegsteuer mit dem Zuschlag. Das sind die Steuern, deren Erträge nicht einfach denjenigen Beträgen zuaddiert werden können, die im übrigen erhoben wurden, sondern die zum Teil die Fehlbeträge wieder decken müssen, die bei den bisherigen Einnahmen aus Zöllen und Steuern sich ergeben haben.

Das ist das Bild, das wir von den Ausgaben und von den Deckungsmitteln für die Jetztzeit bis zu diesem Augenblick erhalten haben. Wir müssen uns fragen: wie wird es in der nächsten Zukunft weitergehen? Denn diese Frage wird ja für Sie, meine Damen und Herren, entscheidend sein zur Beantwortung meines Wunsches, einen neuen Kredit von 10 Milliarden zu erhalten. Nun, darauf habe ich nur zu sagen, daß, wenn nicht wiederum an sich berechnete Hoffnungen enttäuscht werden, wir allerdings in nächster Zeit mit einer erheblichen Herabminderung der Ausgaben doch wohl werden rechnen können. Das Heer ist beinahe aufgelöst, die Umstellung in Friedensarbeit ist zu einem

großen Teile erfolgt, und wenn es noch gelingen sollte, allmählich auch auf Wegen, die ich hier nicht erörtern kann und will, Preise und Löhne herabzudrücken, dann wird es möglich sein, auch die Reichsfinanzen in einen erheblich erträglicheren Zustand zu bringen.

Dazu aber ist eins unbedingt notwendig: wir müssen nunmehr bewußt die **Ausgaben** in ganz anderem Sinne **senken**, als es bisher geschehen ist. (Zustimmung.) Wir müssen sparsam wirtschaften. (Sehr richtig! rechts und bei den Demokraten.) Meine Damen und Herren! Der Begriff der **Sparfamkeit** ist für uns beinahe ein historischer geworden. Wir haben uns ein — man nennt das wohl — so großzügiges Wesen angewöhnt, daß man mit Kleinigkeiten überhaupt nicht mehr rechnet. Es ist ein bitterernstes Wort, das ein Berliner Großkaufmann mir gegenüber einmal äußerte, als er warnte: wer die Million nicht eint, ist die Milliarde nicht wert. (Sehr gut! und Heiterkeit.) So weit sind wir gekommen, daß wir in der Tat nur mit dem Begriff von Millionen und Milliarden spielen.

Dazu ein anderes, das uns während des Krieges bereits entgegengetreten ist. Es spielte auch in einer neulichen Sitzung eine Rolle, als gesagt wurde: ja, was bedeuten denn die Ausgaben, die wir jetzt haben, gegenüber den Ausgaben des Krieges! Das ist dieselbe falsche Anschauungsweise, wie sie im Kriege auftrat, als man sagte: das können wir ganz gut machen, das bedeutet höchstens die Kosten eines Tages der Kriegführung. Nein, nicht so ist es, daß, weil diese Kosten so hoch sind, man nun erst recht hohe Ausgaben machen kann. Umgekehrt, weil diese Kosten so hoch waren, müssen wir jetzt sparen, müssen jetzt um so weniger ausgeben. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen um so mehr den Daumen darauf halten, daß wir auskommen. Wir müssen diese Sparfamkeit auf allen Gebieten unseres Staatslebens üben, wir müssen sie nach meiner Meinung — und die Frage ist überaus aktuell und brennend — ganz besonders aber üben bei der Frage, ob **neue Behörden- und Beamtenstellen** geschaffen werden sollen. Es ist ein ganz ungesunder Zug, jetzt immer neue Organisationen von Behörden- und Beamtenstellen zu schaffen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Das ist ja ein Zug, der übrigens von jeher bei uns Deutschen war, auch nicht bloß bei uns. Alle Reformvorschläge zur Vereinfachung der Verwaltung kamen schließlich darauf hinaus, neue Stellen zu schaffen. Es erinnert mich das an die Geschichte von jenem Regierungspräsidenten, der zu seinem Landrat kam und ihn fragte, was er da für einen neuen Aktenschrank habe, das sei doch nicht nötig. Da sagte er schmunzelnd: diesen Aktenschrank brauche ich, ich muß darin die Akten einlegen, die zur Verminderung des Schreibwerks angelegt worden sind. (Heiterkeit.) Genau so ist es hier. Um die Behörden zu vereinfachen, werden uns immer neue Behörden vorgeschlagen. Es bedarf unserer ganzen Energie,

um dem Widerstand zu leisten. Natürlich will ich damit nicht sagen, daß nicht irgendmann und irgendwo eine neue Stelle geschaffen werden muß. Das kann unter Umständen durchaus richtig, billig und sparsam sein. Als Prinzip muß gelten, mit Sorgfalt zu prüfen, ob es notwendig ist. Wir müssen Widerstand leisten dem mehr und mehr zutage tretenden Bestreben, sich aus den Organisationen des Krieges hinüber zu retten in die neue Organisation des Friedens. Wir sehen, wie man versucht, militärische Institute zu zivilen umzugestalten, eine Kriegswirtschaft in eine andere umzubauen (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und jedenfalls da und dort Unterschlupf zu suchen, weil man — das ist ja menschlich — nicht aus der Arbeit, die man einmal hat, ins Leere hinausgestoßen werden will. Uns müssen die Interessen der Allgemeinheit höher stehen.

Ich glaube, Ihrer Zustimmung sicher zu sein, wenn ich einem solchen Bestreben den Widerstand entgegensetze, den zu leisten ich mich für verpflichtet halte. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Wie sind aber nun die **fortlaufenden Ausgaben** zu decken? Dabei darf ich allerdings nicht bloß an die Ausgaben denken, die durch unsere Schulden entstehen, also die Ausgaben für Verzinsung unserer Kriegsschuld und zur allmählichen Amortifikation unserer Kriegsschuld.

Ja, ich muß das Problem in seiner Gesamtheit fassen; ich muß daran denken, daß ich außerdem noch eine große Menge Aufgaben zu lösen habe, die teils fortlaufend sind und mit dem Krieg überhaupt nicht zusammenhängen oder zum Teil mit dem Krieg in Zusammenhang stehen, indem sie die Folgen des Krieges wetzumachen bestimmt sind, vor allen Dingen natürlich in allererster Reihe die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, für die Witwen und Waisen derer, die für uns gefallen sind. Ich kann auf die Aufstellung der Forderungen, die sich hieraus für uns an das Reich ergeben, hier nicht eingehen. Ich habe sie einmal überschläglich zusammengestellt. Es ergibt sich jetzt, wo wir nicht wissen, was uns von unseren Feinden etwa auferlegt werden soll, gegenüber einem Steuerbedarf von 2 Milliarden im Frieden für das Reich einen Steuerbedarf von 14 Milliarden für das Reich, und es ergibt sich, wenn wir, was wir doch müssen, Reich, Staat, Gemeinde und Kirche zusammennehmen, jetzt ein **Gesamtsteuerbedarf von 19 Milliarden** gegenüber noch nicht 5 Milliarden jährlich im Frieden. (Hört! hört!) Das sind natürlicherweise Zahlen von einer phantastischen Größe, die uns nur vorläufig einmal die Aufgabe stellen, ganz allgemein Stellung zu nehmen. Ich kann es verstehen, wenn man angesichts dieser furchtbaren Zahlen in eine Beängstigung verfallen ist, die uns Tag für Tag entgegentrat. Man hat gesagt, es sei nicht möglich, der Forderung gerecht zu werden, man müsse in Verzweiflung zum Äußersten greifen, man werde die Kriegsanleihen annullieren, die Bankguthaben beschlag-

nahmen und das Privatvermögen konfiszieren. Ich kann erklären, daß die Reichsregierung in keinem Falle gewillt ist, einen derartigen Gang zu gehen. (Bravo! bei den Demokraten.) Es wäre nicht bloß die schändeste Rechtsverletzung, sondern es wäre der Untergang des Reichs, wenn wir einen solchen Weg gingen. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Wir werden das Recht halten, wie wir überhaupt glauben, daß der größte Fortschritt, den wir in diesem Augenblick machen können, der ist, auf den Boden des Rechtsstaats zurückzukehren in allen Beziehungen. (Lebhafter Beifall.) Also auf den Weg einer **Entrechtung** zugunsten des Reichs durch **Annullierung der Kriegsanleihen**, durch **Beschlagnahme der Banken und ihrer Depots** treten wir nicht, diesen Weg wollen wir nicht beschreiten.

Einen anderen Weg, den wir beschreiten wollen, werden wir leider nicht mit demjenigen Erfolg beschreiten können, den wir erhofft haben, und das ist der Weg der **Verwertung unserer Heeresbestände**. Meine Damen und Herren, wir hatten Heeresbestände von einem ungeheueren Umfang. Leider kann ich auch in diesem Punkte dem Wunsche des Herrn Grafen Posadowsky nach einer statistischen Aufmachung nicht Folge leisten. Es ist bisher, obgleich wir uns seit Wochen bemüht haben, eine Inventur dieser Bestände aufzunehmen, leider nicht möglich gewesen, diese Inventur mit irgendeinem Erfolg abzuschließen. Dieses Heeresgerät hat Flügel bekommen, es ist zu einem großen Teile weg (hört! hört! rechts), und während wir geglaubt haben, daraus mindestens einen Betrag von 8 Milliarden zu erlösen und diesen Betrag zur teilweisen Deckung der Kriegsschulden zu verwenden, werden wir froh sein müssen, wenn wir auf 3 Milliarden kommen. (Hört! hört! rechts.) Dieses Heeresmaterial ist gestohlen, geraubt und geplündert in weitem Umfang. (Hört! hört! und lebhaftes Zurufe rechts.) Es gibt aber auch keinen, der das verteidigt. Es ist schandbar verfahren worden, und ich muß den schweren Vorwurf erheben, daß so etwas überhaupt möglich gewesen ist. (Zurufe rechts.) — Ich spreche deutlich genug und brauche nicht angefeuert zu werden. Auch die **Arbeiter- und Soldatenräte**, von denen ich vorhin sagte, daß sie sich zum Teil um die Verwahrung und Rettung dieses Heeresgeräts große Verdienste erworben haben, haben zu einem anderen Teile leider an der Verschleuderung mitgewirkt. (Hört! hört! rechts.) Zum Teil mögen es unlautere Elemente gewesen sein, die dabei mitgeholfen haben, zum Teil war es Unvernunft und Unkenntnis; sie haben das getan, um ihre eigenen Bezüge zu erhalten, sie haben es getan, um die Löhnung zu erhöhen, sie haben es getan, um diesen oder jenes Zweckes willen, von denen sie glaubten, er müsse im Augenblick erfüllt werden; aber sie haben gehandelt ohne Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse; sie sind zum Teil in die Hände von Schiebern

und anderen Elementen gekommen und haben uns insoweit unheilbaren Schaden zugefügt. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen also in dieser Beziehung unsere Hoffnung herabstimmen und werden insolgedessen allerdings darauf angewiesen sein, die Deckung für unsere Schulden und die Deckung für unsere Bedürfnisse überhaupt auf dem Wege der Steuern vorzunehmen.

Es ist natürlicherweise jetzt nicht Ort und Zeit, Ihnen ein Steuerprogramm zu entwickeln. Bloß drei Gesichtspunkte gestatten Sie mir, weil sie allgemeinerer Natur sind, hier vorzuführen. Ich gedenke, die **Steuergesetzgebung** in möglichstem **Einvernehmen aller Glieder des Deutschen Reichs** vorzunehmen unter möglichstem Zusammenwirken zwischen Reich und Einzelstaaten. Ich bin der Ansicht, daß, soweit es irgendwie geht und mit den Interessen des Reichs vereinbar ist, es unsere Pflicht ist, alle vermeidbaren Reibereien auch wirklich zu vermeiden. Am letzten Ende ist ja auch gar kein Gegensatz zwischen dem Reich und den Einzelstaaten. Es ist ja derselbe Steuerzahler, der dem Reiche und den Einzelstaaten zahlt; es sind bloß die Bedürfnisse verschieden, und wenn ich sage, ich muß auf die Sorgen der hohen Schullasten der Einzelstaaten und der Gemeinden Rücksicht nehmen, wenn ich meine Reichssteuern mache, so sage ich nichts anderes als: ich muß darauf Rücksicht nehmen, daß nicht nur der Reichsbeamte und der Postbeamte, sondern auch der Schullehrer bezahlt werden muß. Ob das durch das Reich oder durch die Einzelstaaten geschieht, ist gleichgültig. (Sehr richtig!) Ich hoffe und bin überzeugt davon, daß auch die Einzelstaaten unter Würdigung ihrer Interessen das drückende Interesse des Reichs in vollem Umfang würdigen, und daß wir zu einem gedeihlichen Zusammenwirken auf diesem Wege kommen werden. Daß dabei die Reichsinteressen nicht zu kurz kommen, das gehört zu den wesentlichsten Aufgaben meines Ressorts, dem ich zu dienen entschlossen bin.

Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß, wie die Finanzgebarung im allgemeinen, so auch das **Steuerwesen** sich im engsten **Einvernehmen mit dem Wirtschaftsleben** abspielen muß und niemals von den Anforderungen einer lebenskräftigen Wirtschaft absehen kann. In den zahllosen Zuschriften, die ich täglich bekomme, wird dies gewöhnlich so ausgedrückt, daß mir warnend zugerufen wird, ich möchte die Henne nicht abschlachten, die die goldenen Eier legt. Meine Damen und Herren, diese Henne wird mir so oft serviert, daß ich sie überhaupt gar nicht mehr vor mir sehen kann (Heiterkeit), was in dieser fleischarmen Zeit doch wirklich bezeichnend ist. (Erneute Heiterkeit.) Nein, ich will sie auch gar nicht abschlachten, ich werde ihr nur einige Federn ausrupfen müssen, das wird sie tragen können. Die goldenen Eier soll sie legen, sie soll sie bloß nicht alle behalten, sondern wir

werden ihr einen Teil dieser Eier nehmen. (Große Heiterkeit.) Ich glaube, auf dieses Kompromiß kann man sich wohl einlassen.

Und dann das Dritte: Diese **Steuergesetzgebung** soll eine soziale sein, weil sie eine gerechte sein wird; denn die Gerechtigkeit wird die Grundlage dieser Steuergesetzgebung sein. Deshalb ist es ausgeschlossen, daß wir nicht Rücksicht auf diejenigen nehmen, die wegen Alters oder Schwachheit, wegen Krankheit oder aus anderen Gründen nicht mehr erwerbsfähig sind. Die müssen und sollen geschont werden. Ich denke gar nicht daran, diese Existenzen, die jetzt in ihrer übertriebenen Furcht darum hängen, daß sie auf einmal auf die Straße gesetzt werden sollen, die nichts mehr erwerben können, die vielleicht ihr Letztes aus einem arbeitsamen Leben zugelegt haben, auf die Straße zu setzen. Ich denke nicht daran, ich muß auf sie Rücksicht nehmen (bravo!), und ich glaube, mit dieser kurzen Bemerkung auch dem Herrn Abgeordneten Grafen v. Posadowsky geantwortet zu haben, der uns in der letzten Sitzung doch in recht einseitiger Weise ein Bild von dem vorkam, was wir angeblich zu tun entschlossen seien. Ich weiß nicht, worauf der Herr Graf Posadowsky die Vorstellung gründet, daß wir alles **arbeitslose Kapital** wegsteuern, das heißt konfiszieren wollen. (Abgeordneter Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner: Amtliche Erklärung!) — Von einem arbeitslosen Kapital ist niemals in einer amtlichen Erklärung die Rede gewesen, sondern es war nur davon die Rede, daß wir den mühelosen Geldgewinn scharf heranziehen wollen. (Lebhafte Zustimmung links.) Das ist etwas ganz anderes, Herr Graf v. Posadowsky. Und wenn sich der Herr Graf v. Posadowsky so eifrig für das Kapital einsetzte, so hat er dabei bei mir, der ich von dem Segen und der Notwendigkeit des Kapitals in gewissen Grenzen durchaus durchdrungen bin, Verständnis gefunden; aber nun gar nichts von einem Kapital zu reden, das nicht mit Arbeit verknüpft ist, gar nichts von einem Kapital zu reden, das nicht eine wirtschaftlich befruchtende, sondern lediglich eine Betätigung der Verschwendung mit sich bringt, ist doch wohl etwas einseitig. (Sehr richtig! links.) Jedenfalls steht diese Auffassung des Kapitals, die nur die Lichtseiten des Kapitals sieht, im Widerspruch mit einer Äußerung, die vor einer Reihe von Jahren im Deutschen Reichstag gefallen ist. Damals fiel folgendes scharfe Wort — es war in einer Februar Sitzung 1906 —: „Besitz ist keine Tugend (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), Besitz ist meist auch kein Verdienst, Besitz ist nur eine sehr angenehme Tatsache.“ (Zurufe links.) Dieses Wort hat der damalige Herr Staatssekretär Graf v. Posadowsky gesprochen. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! und Heiterkeit links — Zuruf rechts.) Ich muß es dem Herrn Grafen v. Posadowsky überlassen, sich mit sich selbst und seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Grafen v. Posad-

domsky-Wehner: Aus dem Zusammenhang!) — Ich kann doch nicht sämtliche Reden des Herrn Grafen v. Posadowsky hier im Zusammenhang vorlesen. (Lebhafte Zurufe rechts.) — Meine Damen und Herren, ich habe wörtlich aus dem Stenogramm zitiert, es ist damals bereits dieses Wort aus dem Stenogramm zum Gegenstand einer Debatte gemacht worden. (Zuruf rechts.)

Meine Damen und Herren, ich müßte, wenn ich vollständig sein wollte, Ihnen natürlich noch eine Reihe von anderen Fragen darlegen, die auf die Beurteilung unserer Finanzverhältnisse Bezug hätten. Ich müßte über die Valutafrage sprechen, über die Kreditfrage, besonders auch gegenüber dem neutralen Ausland. Ich will das nicht tun. Ich bitte bloß noch in einem Punkte Ihnen einige Mitteilungen machen zu dürfen, nämlich über die **umlaufenden Beträge an Papiergeld**. Hier haben sich in der Tat Erscheinungen herausgestellt, die unserer Aufmerksamkeit in hohem Maße würdig sind. Während nämlich der Umlauf der Reichsbanknoten im Juli 1914 noch nicht 2 Milliarden betrug, beträgt er am 31. Januar 1919: 23½ Milliarde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Reichskassenscheine 1914: 139 Millionen, 1919: 352 Millionen; Darlehnskassenscheine: 10 Milliarden, Privatnotenbanken 1914: 115 Millionen, 1919: 218 Millionen. Das bedeutet gegenüber einem Papiergeldumlauf von etwas über 2 Milliarden im Jahre 1914 einen Umlauf von 34 Milliarden 452 Millionen im Jahre 1919; und dazu noch eine weitere Milliarde von dem Notgeld, das die Kommunen auf Veranlassung oder mit Duldung der Reichsbank gedruckt haben! Einen Trost gegenüber dieser Erscheinung bietet vielleicht der Hinblick auf Frankreich, das, obgleich um so viel kleiner als wir, im Januar dieses Jahres ebenfalls einen Umlauf von 32½ Milliarden Franken gehabt hat.

Nun, meine Damen und Herren, müssen wir uns fragen, wenn wir dieses Bild in seinem ganzen Ernste in uns aufgenommen haben: ist es überhaupt möglich, aus einer derartigen **Bedrängnis** noch **herauszukommen**? Ist es überhaupt möglich, und auf welchem Wege ist es möglich, und wovon hängt es ab, daß wir dieser finanziellen Noth niemals Herr werden, daß wir die finanziellen Grundlagen wiedergewinnen, die gerade wir brauchen, um auch unser Wirtschaftsleben — beides steht ja in engem, wechselseitigem Zusammenhang miteinander — zur Gesundung zu bringen? Darauf eine endgültige Antwort zu geben, ist natürlich niemand in der Lage.

Von zwei wesentlichen Punkten hängt es ab: einmal von dem Verhalten unserer Feinde uns gegenüber und sodann von unserem eigenen Verhalten. Wenn unsere Feinde sich so verhalten, wie es der Vernunft und ihrem eigenen Vorteil einerseits und wie es andererseits dem Recht und der Sittlichkeit entspricht, so werden wir die

Hoffnung nicht aufgeben dürfen, daß wir nach dieser Seite hin auch wiederum die Basis unseres Fortkommens gewinnen; und darauf wollen wir in ruhiger würdiger Zurückhaltung warten, wie die Entschliefungen dort fallen. Wenn sie dort gefallen find, dann aber kommt das Entscheidende auf uns an, dann gilt es, alle Kräfte anzuspinnen, um die Wege zu finden, die uns zur Höhe führen. Dabei handelt es sich nicht bloß um die Kräfte des Geistes, dabei handelt es sich nicht bloß um Steuertechnik, dabei handelt es sich um die feinste Finanzwissenschaft. Das alles aber reicht nicht aus; dazu bedarf es auch hier auf dem Gebiete der Finanzen, wie überall in unserem Volksleben, eines anderen, eines Höheren: es bedarf einer sittlichen Erneuerung. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir müssen dieses Wort, das nur zu oft leider ein Wort ist, hier ganz konkret in die Tat umsetzen. (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Wir müssen den Begriff des Eigentums und der Arbeitskraft noch mehr als bisher loslösen von dem Ich und es in den Dienst der Allgemeinheit stellen. (Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien.) Wir wollen, daß das, was dem Menschen gehört, gewiß die materielle Grundlage für das höchste Glück der Erdenkinder, für die Entfaltung der Persönlichkeit, sein soll. Aber die Persönlichkeit muß mehr vom Staate in sich aufnehmen und ihr Glück erst finden, wenn sie ihre Pflicht gegenüber dem Staate getan hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eigentum, Arbeitskraft und alles, was wir haben, muß bis zu einem gewissen Grade ein Amt sein, das wir zugleich für die Allgemeinheit verwalten. Das gilt für die Hingabe dessen, was das Reich von uns fordert; das gilt auch für die Aufdeckung dessen, was wir haben. Insofern ist Eigentum nicht mehr in dem Umfange Privatfache, wie es das früher gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin entschlossen, was an mir liegt, zu tun, um alle Machtmittel des Staates anzuwenden gegen diejenigen, die sich den Pflichten gegenüber dem Staate und dem Reiche zu entziehen suchen. (Lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien.) Ich werde den Betrug gegenüber dem Staate nicht milder, sondern strenger zu strafen suchen, als den Betrug gegenüber irgend einem seiner Mitbürger. Aber ich bin mir auch klar, daß hier wie andererseits die Strafe allein nicht helfen kann; hinter der Strafe darf nicht bloß die Macht des Staates stehen. Mit unserer Staatsmacht allein ist es nicht getan; ein geläutertes sittliches Empfinden der Allgemeinheit muß dahinter stehen; das müssen wir haben. Man nennt es ja Hebung der **Steuermoral**, die freilich sehr im argen liegt. Wir müssen noch tiefer graben; wir müssen die Steuermoral hinein- stellen in das, was recht und anständig ist und was jeder anständige Mensch bewahren muß. Können wir die Hoffnung hegen, daß diese

sittliche Erneuerung auch Platz greifen wird? Meine Damen und Herren, Erscheinungen der letzten Zeit mögen uns warnend machen. Das Rechtsempfinden ist gesunken, das Gefühl für das notwendige geschwächt, und manchmal können wir verzweifeln, wenn wir an die Ethik unseres Volkes denken. Aber auch hier wollen wir nicht ungerecht sein. Denken wir daran, was unser Volk durchgemacht hat, und gönnen wir ihm eine gewisse Schonzeit, um sich wieder zurechtzufinden. Wenn ein Mensch von großer Höhe in einen Abgrund gefallen ist, dann steht er auch nicht auf und klopft sich den Staub vom Überzieher, als wenn nichts geschehen ist. Dann taumelt er, ehe er wieder geht, dann wälzt er sich erst in Krämpfen. Das gilt auch für unser armes Volk. Es ist ihm so viel genommen worden, es hat so viel Glauben verloren, und es muß sich erst wieder auf sich selbst besinnen. Deshalb wollen wir nicht ungerecht sein. Wir wollen ihm Zeit lassen oder vielmehr, wir müssen anerkennen, daß es eine gewisse Zeit braucht. Aber jetzt ist es höchste Zeit, zu sich selbst zurückzukehren, jetzt ist keine Zeit mehr zu verlieren; jetzt kann jede Frist das Unheil über uns bringen, daß wir zusammenbrechen, und dann hilft uns nichts, wenn das furchtbare „zu spät“ der Geschichte uns entgegenschallt.

Ich glaube an den gesunden Kern unseres Volkes, und ich glaube, daß dieser gesunde Kern sich jetzt wieder durchringen wird. Ich glaube auch an die geschichtliche Sendung des deutschen Volkes, und ich bin überzeugt, daß es das in sich aufnehmen und zur Wahrheit machen wird. Ich glaube an den Beruf dieser von dem gesamten Volke gewählten Nationalversammlung, unserem Volke voranzugehen auf dem Wege des Rechtes, dem Wege, der auch auf finanziellem Gebiete uns zur Wahrheit, zur Sicherheit und Festigkeit führen wird, und ich bin davon durchdrungen, daß mich dieser Glaube nicht täuschen wird. Hätte ich diesen Glauben, diese Überzeugung nicht, — ich hätte nicht das Recht und nicht die Kraft, die Forderungen an Sie zu richten, die ich heute an Sie richte und in noch höherem Maße später an Sie werde richten müssen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Mehrheitsparteiern. — Beifallklatschen auf den Zuhörertribünen.)